

AUSSPRACHE

„Gewerkschaften und Elitebildung“

Seit mehr als zweitausend Jahren haben Geisteswissenschaftler und Politiker sich mit dem Problem der Elite und dem der Elitenbildung beschäftigt. Von Platon bis Toynbee begegnet uns das Problem der Elitenbildung in mannigfacher Form, wobei der Elitebegriff meist eindeutig wertbestimmt ist. Ein wenn auch differenzierter, aber nichtsdestoweniger wertbestimmter Elitebegriff findet sich auch in dem Aufsatz von *Adolf Müller* „Der Beitrag der Gewerkschaften zur Elitebildung“ (GM 10/1959). Es erhebt sich dabei die Frage, ob eine Elite mit besonderer geistiger, sozialer und politischer Qualität als dominierende oder privilegierte Schicht der Demokratie adäquat erscheint, oder ob eine derartige Wertelite nicht viel eher einer nach bestimmter Rangordnung hierarchisch gegliederten Gesellschaft entspricht. Man betrachte nur die Gesellschaftssysteme einzelner hervorragender Elitetheoretiker, um hierüber ein klares Bild zu erhalten. So *Platon* — mit dem Modell seiner gleichsam gezüchteten Elite der Wächter; *Macchiavelli* — und dessen Löwen und Füchse; *Jakob Burckhardt*, der für Autorität, Persönlichkeit und Bildungsschicht gegen Majorität und Staatsallmacht Stellung bezog; *Ortega y Gasset*, der den Aufstand der Massen beklagt, mit dem die Voraussetzungen einer aristokratischen Demokratie vernichtet würden; schließlich die macchiavellistischen Elitetheoretiker mit einer ausgesprochen antidemokratischen Tendenz, wie *Pareto*, *Sorell*, *Mosca* und teilweise auch *Michels*.

Um unsere, der pluralistischen Gesellschaft gemäße Herrschaftsordnung einer Demokratie oder auch Elite und Elitenbildung in den Gewerkschaften analysieren zu können, reichen alle diese Theorien, wie überhaupt jeder wertbestimmte Elitebegriff, nicht aus. Dieser läuft vielmehr auf Grund bestimmter philosophischer und weltanschaulicher Prämissen, auf die Herrschaft der entweder im geistigen, im moralischen oder im gesellschaftlich ständischen Sinne Besten hinaus. An Stelle von Delegation, Bewährung und

Kontrolle kommt es zu Selbstauslese und Privilegierung. Das ist aber keinesfalls mit einer demokratischen Gesellschaftsordnung vereinbar. Im Gegenteil, die Wertelite entspricht in viel größerem Maße einer totalitären Staatengesellschaft. Es ist vor allem das Verdienst von Prof. Dr. *Otto Stammer*, auf diesen Umstand hingewiesen zu haben (Elitenbildung in der Demokratie). Von ihm wurde auch der Begriff der Funktionseleite geprägt, den er dem herkömmlichen Begriff der Wertelite entgegenstellt. Und tatsächlich läßt sich eine sinnvolle Analyse einer demokratischen Herrschaftsordnung nur mit dem Sinngehalt dieses Begriffes bewerkstelligen. „In den Systemen demokratischer Herrschaft“ so sagt Stammer, „sind als Eliten anzusehen lediglich die mehr oder minder geschlossenen sozialen und politischen Einflußgruppen, welche sich aus den breiten Schichten der Gesellschaft und ihren größeren und kleineren Gruppen auf dem Wege der Delegation oder der Konkurrenz herauslösen, um in der sozialen oder der politischen Organisation des Systems eine bestimmte Funktion zu übernehmen.“

Die Bildung des politischen Willens und die Ausübung der Herrschaft ist gewiß auch in demokratischen Systemen von diesen Gruppen abhängig. „Die Rolle aber, die diese Eliten dabei spielen, ist keineswegs die sich selbst ergänzender natürlicher Vehikel einer im Grund unkontrollierten Herrschaft, sondern eher die einer funktionalen Mittlerstellung zwischen Führung und Volk“ (Stammer, a.a.O.). Der Stammer'sche Elitebegriff wurde von *v. d. Gablentz* richtig interpretiert (Autorität und Legitimität im heutigen Staat), indem er die Funktionseleite als eine „Elite von der Leistung her“ verstand. Mit anderen Worten: Eine Elite kann im demokratischen Staat nicht auf Herkommen, Besitz oder Bildung begründet sein, sondern muß — will man die Demokratie ernst nehmen — auf Leistung beruhen.

Das bedeutet, daß jeder einzelne und jede Schicht sich durch Leistung bewähren muß. Eine Leistung, die dem jeweiligen Funktionsträger Vertrauen und Anerkennung einträgt und somit nicht nur Autorität verleiht, sondern darüber hinaus auch das Wort Elite in einer Demokratie rechtfertigt.

Ist das geklärt, so stellt sich nahezu von selbst die Frage, was man von einer Elitenbildung in der Demokratie und somit in der Gewerkschaftsbewegung erwarten kann. Die Elite muß offen sein. Nicht nur in dem Sinne, daß sie fähig sein muß, Menschen aufzunehmen, die nicht die typischen Voraussetzungen der Herkunft der Bildung erfüllen, sondern vor allem in dem Sinne, daß sie sich der öffentlichen Kritik jederzeit stellt. Das ist natürlich unbequem und sachlich für Bestand und Leistung einer jeden Elite gefährlich. Denn die Kritik der Massen ist nur allzuoft emotional bedingt und durch Demagogen leicht beeinflußbar, vor allem aber kurzfristig und schwankend. Aber wenn man dies nicht in Kauf nehmen will — eben jedem Staatsbürger Verantwortung fürs Ganze anzuvertrauen —, dann ist das Scheitern der Demokratie nur eine Zeitfrage und der Weg zum totalen Staat kann ungehindert beschriftet werden. Hier ist nur eine Funktionselite mit einer Leistung möglich, die die letzte Verantwortung in allen entscheidenden Fragen beinhalten muß. Da in der Demokratie nicht der Leistungsträger selbst über den Wert seiner Leistung entscheiden kann und darf, basiert diese Leistung auf der Anerkennung durch die anderen. Aber auch die Anerkennung durch die anderen beruht in den wenigsten Fällen auf der Ratio der Sachlichkeit, sondern auf dem Vertrauen zu einer Personengruppe oder Person, so daß man von einer personalen Funktionselite sprechen müßte.

Haben wir das Feld insoweit theoretisch abgesteckt, so ist der notwendige Beitrag der Gewerkschaften zu einer Elitebildung unschwer aufzuzeichnen. Er kann nicht ausschließlich in dem von Müller gekennzeichneten Bildungsbeitrag bestehen, wie notwendig selbstverständlich dieser ist.

Müller teilte in drei Bereiche und nannte als wichtigsten die staatsbürgerliche Bildungsarbeit. Bedingt ist das auch richtig. Die Gewerkschaften können auf diesem Gebiete gar nicht genug leisten. Dies um so mehr, als von der Volksschule bis zur Universität, gemessen an dem Notwendigen, hier eigentlich gar nichts getan wird. Aber das nützt recht wenig, wenn nicht endlich einmal mit einer echten „Fundamentaldemokratisierung“ begonnen wird. Das heißt in diesem Falle: eine Demokratie, die in den untersten Gruppen von jedem einzelnen erlebt bzw. erfahren werden muß und nicht wie vielerorts üblich verordnet oder zu einer Technik herabgewürdigt wird. Besonders muß es unsere Jugendlichen abstoßen, denen viel von Demokratie erzählt und eigentlich so wenig davon vorgelebt wird. Es ist eben nur ein zeitlicher und persönlicher Vorteil, wenn — und das soll besonders an dieser Stelle gesagt werden — auch Gewerkschaftsfunktionäre glauben, durch Management und Manipulation, Geschäftsordnungstricks usw. ihnen gemäßige Abstimmungsergebnisse zu erzielen. Auf die Dauer

nützt das weder ihnen selbst, noch — und das ist das Schlimme — der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Eine solche Verhaltensweise könnte zu einer Abkapselung der Eliten führen, die sich nur noch durch Kooptation ergänzt. Damit wäre aber nicht nur der inneren Demokratie der Gewerkschaften, sondern mindestens im gleichen Maße der Demokratie überhaupt ein schlechter Dienst erwiesen. Die Elitenbildung wäre nicht mehr offen; denn tatsächlich hätte nur die Elite selbst darüber zu bestimmen, wer späterhin zur Elite aufrücken kann. Das entspricht der Wertelite, wie wir sie in autoritären und totalitären Staatengesellschaften vorfinden. Das bedeutet also, daß eine der Demokratie adäquate Elitenbildung als wichtigste Voraussetzung die uneingeschränkte Demokratie auf unterster Ebene beinhalten muß. Ist das gegeben, so soll man gleichzeitig den demokratischen Gedanken in allen nur möglichen Bildungseinrichtungen weiter entwickeln helfen. Im Grunde bieten sich hier nur zwei Möglichkeiten: auf der einen Seite die meist weniger fruchtbare Stoffvermittlung, die allerdings für gewisse Bereiche gewerkschaftlicher Arbeit vonnöten ist, auf der anderen die zum selbstständigen Denken anregende Fragestellung.

Wäre es nicht sehr vorteilhaft, in einem sogenannten Grundlehrgang den Gesamtkomplex des Politischen aufzuwerfen, um damit lediglich eine Weiterbeschäftigung des einzelnen mit den hier zutage getretenen Problemen zu erreichen? Dazu ist eine historische Standortbestimmung unerlässlich; von hier aus könnte man zu einer Behandlung der soziologischen, staatsrechtlichen, wirtschafts-, sozial-, innen-, außen- und überstaatlich-politischen Fragen übergehen. Keine bis ins einzelne gehende Fragestellung oder sogar Forschung — das wäre Wissenschaft von der Politik mit zehensemestrigem Studium —, nein, nur eine Erhellung der großen Zusammenhänge, um den Blick des einzelnen für unsere politische und gesellschaftliche Wirklichkeit zu schärfen, von wo aus er, auf Grund seiner eigenen Weiterbeschäftigung, auf die auf ihn immer wieder zukommenden politischen Fragen mit einer sachlichen Entscheidung antworten und darüber hinaus durch sein Beispiel befruchtend auf andere wirken kann. Dies alles würde einer gewerkschaftlichen Elitebildung äußerst förderlich sein. Einer Elitebildung, die nicht nur im gewerkschaftlichen Bereich befruchtend wirksam werden könnte. Beide Komponenten, eine „Fundamentaldemokratisierung“ und die politische Bildung, die schließlich zu einer größeren Einheit zusammenfinden, sind der Ausgangspunkt für jede Elitebildung in der Gewerkschaft, wie überhaupt in jedem demokratischen Verband. Ihre Wirkung beschränkt sich nicht auf einzelne Bezirke des politischen oder gesellschaftlichen Lebens, sondern erreicht alle Bereiche, wo Menschen sich zu gemeinsamem Schaffen zusammenfinden.

Waldemar Ritter, Berlin-Zehlendorf

„Mitgliederstagnation“

Der Artikel unseres Kollegen *Günter Friedrichs* über Mitgliederstagnation im Oktoberheft 1959 hat sicherlich seine Berechtigung.

Aber Koll. Friedrichs erscheint mir allzusehr Statistiker, oder er arbeitet zumindest sehr gern mit der Statistik. An den Zahlen selbst will ich keinesfalls zweifeln, jedoch kann dann nicht unberücksichtigt bleiben, daß beispielsweise der DHV erst 1950 überhaupt gegründet wurde. Ich verfüge nicht über Unterlagen der Mitgliederzahl am Gründungstag dieses Vereins. Sicherlich wird mir jeder recht geben, daß es keine allzu große Zahl war und daß es höchstwahrscheinlich relativ leicht gewesen ist, diese Zahl bald zu verdoppeln und damit den Mitgliederstand um 100 vH zu erhöhen, *ohne jedoch deshalb als Gewerkschaft überhaupt eine Bedeutung zu erlangen*. Solche Entwicklungen kann man nur dann in Prozent ausdrücken, wenn man die absoluten Erfolgszahlen der Ausgangsbasis und der modernen Gegenwart anführt.

Immerhin ist eine Zunahme von 7,1 vH Mitgliedern im DGB bei 6,3 Mill. Mitgliedern ein echter Mitgliederzuwachs von nahezu 450 000. Ich kann nicht feststellen, welche Zahl 117,3 vH in den anderen Organisationen ausmacht, bin aber überzeugt, daß sie nur ein Bruchteil dessen ist, was dem DGB an Mitgliedern zugewachsen ist.

Ein völlig verfehltes Bild jedoch ergibt es, wenn man nun folgern wollte, daß in Zukunft eine gleiche Entwicklung zu erwarten sei. Abgesehen davon, daß im Jahr 1972 in Deutschland einfach keine 31,6 Mill. Arbeitnehmer sein können, weil bis zu diesem Zeitpunkt noch die geburtenarmen, ausgebluteten Jahrgänge des Krieges eine entscheidende Rolle spielen, ist es undenkbar, daß sich die nicht im DGB organisierten Fachverbände in all diesen Jahren mit der gleichen prozentualen Zuwachsrate weiter entwickeln würden. In der logischen Konsequenz wäre dann der Zeitpunkt festzulegen, an dem diese Fachverbände die Einheitsgewerkschaft aufgesogen hätten.

Feststeht, daß je größer die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften ist, um so schwieriger sich weitere Mitglieder hinzuzugewinnen lassen. Die Bereiche der Organisationsmöglichkeiten werden bei steigenden Mitgliederzahlen immer schmaler.

Ich finde es auch nicht korrekt, wenn man in den Diskussionen um die Mitgliederzahlen ständig von der statistisch erfaßten Zahl, etwa 20 Mill., ausgeht. Zwar können wir nicht bestreiten, daß es 20 Mill. arbeitende Menschen gibt, aber weitaus weniger Menschen sind doch überhaupt für die Gewerkschaften organisatorisch interessant. Ich meine, man müßte sich zunächst einmal der Mühe unterziehen, festzustellen, wieviel mithelfende Familienangehörige in dieser Zahl erfaßt sind. Weiter müßte unter-

sucht werden, wieviel kleine Handwerksmeister oder andere Klein- und Mittelunternehmen ihre eigenen Kinder in anderen Betrieben zur Ausbildung haben, mit der Zielsetzung, daß diese gleichen Personen später, nach Beendigung der Ausbildung, einen eigenen Betrieb als Arbeitgeber übernehmen. Besonders im Handwerk spielt das eine außerordentlich große Rolle. Auch dieser Personenkreis ist als Arbeitnehmer in der Statistik miterfaßt.

Schließlich müßte die Zahl jener gefunden werden, die zwar ein Arbeitsverhältnis eingehen, dieses Arbeitsverhältnis jedoch nur als ein vorübergehendes betrachten, weil sie entweder ein neues Wohnzimmer, die Urlaubsreise oder sonstiges mitfinanzieren wollen. Auch wie viele junge Mädchen und junge Frauen lediglich für eine begrenzte Zeit arbeiten wollen, um ihren Familienstand finanziell zu sichern. Es gibt noch andere kleine Gruppen, aber allein schon diese drei angeführten würden die Zahl der wirklich organisationsfähigen Arbeitnehmer wesentlich verringern.

Damit soll keinesfalls gesagt sein, wir könnten uns mit der Entwicklung im DGB zufriedengeben. In dem Punkt gehe ich mit dem Kollegen Friedrichs völlig überein. Wir müssen unsere Mitgliederzahl im DGB erhöhen. Das bedeutet zunächst, daß wir von der praktischen Seite an die Dinge herangehen müssen.

Der Bundeskongreß hat von der organisatorischen Seite Wege dazu in den angestrebten Reformen geöffnet. Wieweit wir sie in der Zukunft gehen werden, liegt an uns selbst. Aus der praktischen Erfahrung kann man bereits einige Hinweise geben.

Da ist für einige große Verwaltungsstellen die Tatsache zu verbuchen, daß sich die gesamte Werbungs- und Betreuungsarbeit in nur wenigen entscheidenden großen Betrieben abspielt. Die Vielzahl der Klein- und Kleinstbetriebe bleibt unberücksichtigt. Nicht selten hat man bereits, wenn auf diese Tatsache hingewiesen wird, als Antwort bekommen: „Ich kann in meiner Verwaltungsstelle gut existieren, mehr Mitglieder bedeuten für mich wesentlich mehr Arbeit, aber ich bin restlos ausgelastet.“ Vom Organisatorischen und von der Sache her kann das nicht hingenommen werden.

Die große Fluktuation innerhalb der Betriebe ist nicht umstritten, genausowenig umstritten ist aber auch die Wirklichkeit, daß man selten feststellt, wo der Kollege Y aus dem Betrieb A verblieben ist. Und selbst wenn man dieses noch weiß, unterläßt man es, an die zuständige Verwaltungsstelle der Gewerkschaft umgehend zu schreiben, daß ein organisierter Kollege dort neu aufgetaucht sein muß. Auch wenn diese Mitteilung noch erfolgt, kümmert man sich vielerorts um den neuen Arbeitnehmer in diesem Betrieb nicht. Schließlich ist eine Reihe von Wochen

oder gar Monaten vergangen. Nun kommt die Beitragsnachzahlung hinzu, und dann ist der Kollege selbst nicht mehr an einer Anmeldung am neuen Ort interessiert, weil sie höhere finanzielle Beitragsverpflichtungen bedeutet.

Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Organisation war in den vergangenen Jahrzehnten der Betrieb und die Stadt. Hier hat sich ein entscheidender Wandel vollzogen. Im Betrieb ist die Organisationsmöglichkeit infolge des hektischen Arbeitstempos und völlig ausgefüllter Zeiten schwieriger geworden. Die Stadt ist aber nicht mehr ausschließlicher Wohnsitz der Arbeitnehmer eines Betriebes, welcher sich in der Stadt befindet. Die Verkehrsverhältnisse bringen heute tagtäglich Ströme von Arbeitnehmern vom flachen Land in die Städte. In die abendlichen Gewerkschaftsversammlungen kommt somit immer nur ein gewisser Teil der Beschäftigten. Zu dem anderen Teil müssen wir heute als moderne Gewerkschaften auch in das Dorf, auf das Land gehen. Die Mitarbeit aller Gewerkschaften in den vom DGB beschlossenen Ortskartellen kann hier bereits eine wesentliche Abhilfe schaffen.

Schließlich möchte ich auch moderne Werbemethoden ansprechen, die kurz und prägnant sein müssen. Zu Langatmigkeit bleibt kaum Raum. Hier läge ein Aufgabengebiet der Fachleute für die Lösung dieses Problems. Technische Hilfsmittel hierzu sind in den meisten Fällen schon vorhanden (Film — Lichtbild — Tonband).

Zum Schluß sei noch gesagt, daß sich die einzelnen IG in größerem Maße auch der Fachfragen von Beamten und Angestellten annehmen müssen. Besonders da der Anteil der Angestellten an der Zahl der Gesamtbeschäftigten ständig ansteigt. Die IG Metall geht bereits einen solchen Weg und wird sicherlich in absehbarer Zeit über Erfahrungen verfügen und Verbesserungen vornehmen können. Damit müßte auch der Erfahrungsaustausch aller IG untereinander eingeleitet werden, so daß hier eine Möglichkeit größerer Wirksamkeit erreicht wird, ohne noch viel zu experimentieren.

Ich wollte mit meinen Ausführungen sagen, daß wir als Gewerkschaften uns nicht scheuen sollten, unsere Schwächen zu diskutieren. Wir sollen aber nicht so weit gehen, unsere Schwächen zu dramatisieren, und schon gar nicht so weit, daß wir unseren Gegnern im Ansatz falsche Argumente in die Hand geben, die diese dann gegen uns verwenden.

Albert Fiege, Hann. Münden

„Die Mission der Linken“

Zu dem Aufsatz von *Paul Mülbach* im Oktoberheft der GM möchte der Unterzeichnete folgendes beitragen:

Es ist wahrlich höchste Zeit geworden, daß endlich jenen verschwommenen „sozialliberalen“ Vorstellungen des SPD-Wirtschaftsexperten Dr. Heinrich Deist von gewerkschaftlicher Seite aus eine Absage erteilt wird, wie es Paul Mülbach dankenswerterweise getan hat. Sicher ist es in jeder politischen Partei von Zeit zu Zeit nötig, den aus der vergangenen Epoche übernommenen „Ballast“ abzuwerfen. Aber es bedarf einer sehr sorgfältigen Prüfung des überkommenen Gedankengutes (und einer noch sorgfältigeren des neuen), bevor endgültig entschieden werden kann, was zum Ballast gehört und was nicht. Und eine Parteispitze, die sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern bewußt ist, wird eher zweimal als einmal prüfen.

Die auf der ersten Seite seines Aufsatzes von Mülbach angeführten 5 Punkte für die Umwandlung einer liberalen in eine sozialistische Demokratie haben auch im Jahre 1959 noch volle Gültigkeit. Aber wie selten findet sich auch nur ein Bruchteil dieser Grundsätze in den Äußerungen führender SPD-Politiker wieder!

Die Gewerkschaften haben in der Wahrung dieser wirklichen Interessen der Arbeitnehmer eine hohe politische Aufgabe, die weit über den täglichen Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation hinausgeht. Es gilt das Bewußtsein der gesamten Arbeitnehmerschaft dafür zu wecken, daß das sogenannte „Wirtschaftswunder“ kein Geschenk der „sozialen“ Marktwirtschaft ist, sondern in erster Linie auf dem unermüdlichen Einsatz der arbeitenden Massen und ihrem verantwortungsbewußten Konsumverzicht in den ersten Jahren nach der Währungsreform beruht und im übrigen nur ein Ausdruck der friedlichen technischen Entwicklung ist. Ein Beweis dafür, daß unser wirtschaftlicher Aufschwung *nur* unter dem herrschenden Wirtschaftssystem möglich war, ist bisher von keiner Seite geführt worden, aber die gegenwärtigen Vorgänge im Steinkohlenbergbau sprechen sehr gegen eine „soziale“ Marktwirtschaft als Dauer-einrichtung. Es ist eine vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften, sowohl die Arbeitnehmer wie auch die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß weder Verbrauchern noch Arbeitnehmern lediglich an einer Sozialisierung der Verluste gelegen sein kann, wie es im gegenwärtigen Wirtschaftssystem gehandhabt wird.

Die Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft hat allmählich einen so bedrohlichen Stand erreicht, daß die Arbeitnehmerschaft hier nicht länger untätig zusehen kann. Die SPD, deren Mitglieder sich in erster Linie aus Arbeitnehmern zusammensetzen, sollte sich dieses Problems sehr ernsthaft annehmen. Es bedarf dazu nicht so sehr überwältigend neuer Ideen als vielmehr einer konsequenten Durchführung des bereits theoretisch Erarbeiteten.

Ernst Ehrenberg, Drentwede